

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	10. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	27. April 2010, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Heinz Fenrich

12.

Punkt 10 der Tagesordnung: Antrag der Stadträtinnen Doris Baitinger, Ute Müllerschön und Yvette Melchien (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 30. März 2010:

Schulsozialarbeit an weiterführenden Schulen

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 10, Vorlage Nr. 358, zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadträtin Müllerschön (SPD): Der Ruf der weiterführenden Schulen nach Schulsozialarbeit ist nicht mehr zu überhören. Schulsozialarbeit ist längst nicht mehr nur in Hauptschulen an sozialen Brennpunkten ein Thema. Die Annahme, Realschüler und Gymnasiasten hätten keine Probleme, ist schlichtweg falsch. Schulsozialarbeit ist Prävention pur, und zwar für alle weiterführenden Schulen. Es gibt genügend gute Argumente, die für einen raschen Einstieg in die Schulsozialarbeit an weiterführenden Schulen sprechen. Ich möchte einige Argumente anführen.

Schulen müssen zusehends mehr Erziehungsaufgaben der Familie übernehmen, weil Eltern häufig in Erziehungsfragen unsicher sind. Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen sind die Folge, die durch frühe Prävention hätten vermieden werden können. Häusliche Strukturen sind vielfältiger geworden und für die Kinder erheblich komplizierter. Insbesondere in Gymnasien kommen häufig übersteigerte Leistungsvorstellungen und Erwartungen der Eltern hinzu, die die Kinder nicht verkraften. Auch das kann zu verdeckter Gewalt führen. Psychische Störungen und Verhaltensauffälligkeiten treten häufiger auf. Hohe Klassenfrequenzen verhindern eine ausreichende pädagogische Betreuung durch die Lehrkräfte. Wegen des Fach-

lehrerprinzips fehlt es bei den Schülerinnen und Schülern an einer eindeutigen schulischen Bezugsperson.

Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen bringen eine neue Kompetenz in den Schulalltag, nämlich das Wissen um vielfältige Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten. Außerdem werden Lehrer entlastet, deren Hauptaufgabe nun einmal das Unterrichten ist. Dafür sind sie schließlich ausgebildet. Leider glänzt die Landesregierung beim Thema Schulsozialarbeit wieder einmal durch mangelndes Verantwortungsbewusstsein. Denn bisher wird die Schulsozialarbeit rein durch die Kommunen finanziert. Der Beschluss der Landesregierung, die Zahl der Schulpsychologen zu erhöhen, geht in die falsche Richtung. Gebraucht werden in erster Linie Leute vor Ort, eben Schulsozialarbeiter, die jederzeit für die Schülerinnen und Schüler als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und die selbst die Situation in den Schulen vor Ort kennen. Schulpsychologen hingegen sitzen meist in Beratungsstellen, sind also recht weit weg vom Ort des Geschehens.

Meine Fraktion ist davon überzeugt, dass die Einführung von Schulsozialarbeit an weiterführenden Schulen erforderlich ist, weil es sich unsere Gesellschaft nicht leisten kann, Kinder mit Problemen zurückzulassen. Und wir sind überzeugt, dass die Kosten für eine nachträgliche Behebung von psychischen und sozialen Schäden bei weitem die Kosten für Schulsozialarbeit übersteigen, ganz abgesehen von dem menschlichen Desaster, das entstehen kann. Die Antwort der Verwaltung ist kurz und bündig. Unserem Antrag wird entsprochen, vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stadträtin Staab (CDU): Dieser Antrag wurde von unserer Fraktion mit einer sehr hochgezogenen Augenbraue zur Kenntnis genommen. Ich muss ihn wirklich einsortieren unter der Rubrik "Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser". Wir alle haben hier in diesem Raum seit Jahren immer wieder betont, wie wichtig die Schulsozialarbeit ist für die Kinder an den Schulen in Karlsruhe. Wir alle, und insbesondere auch meine Kollegin Luczak-Schwarz, haben in den Haushaltsreden darauf hingewiesen, dass wir uns für Schulsozialarbeit an allen Schularten - auch an den weiterführenden -

einsetzen werden. Das Ziel in Karlsruhe ist, dass wir für jedes Kind in jeder Karlsruher Schule einen Schulsozialarbeiter als Ansprechpartner haben möchten.

Wir alle haben auch den Brief von Hugo Oettinger, dem geschäftsführenden Schulleiter der Karlsruher Gymnasien, erhalten. Wir haben - ich denke, Sie wahrscheinlich auch - die Gespräche mit ihm deswegen geführt und sehen natürlich mit großer Sorge auch seit längerem, dass auch an den Gymnasien ein großer Bedarf an Schulpädagogik besteht, neben dem Unterricht, den die Lehrer dort leisten. Wir haben schlichtweg unterstellt und sind davon ausgegangen, dass unsere Prioritätenliste zur Schulsozialarbeit, wie alle Prioritätenlisten, regelmäßig fortgeschrieben wird, dass die Verwaltung selber groß ist und von ganz alleine auch darauf kommt, den Wünschen und Anträgen aus den Doppelhaushaltsreden zu entsprechen und diese Liste weiterzuschreiben mit Blick auch auf Realschulen - die Nebenius-Realschule ist bereits schon mit Schulsozialarbeit versorgt. Deswegen nehmen wir diesen Antrag zur Kenntnis. Wir nehmen auch die Antwort der Verwaltung wohlwollend zur Kenntnis. Sie bestätigt das, was wir unterstellt haben, nämlich dass die Verwaltung in Karlsruhe arbeitet, dass ihr dieses Thema auch wichtig ist, wie uns allen hier. Wir ordnen ihn unter der Rubrik ab "Vertrauen ist gut, Kontrolle scheint besser zu sein".

(Beifall bei der CDU)

Stadträtin Dr. Polle-Holle (GRÜNE): Liebe Kollegin Staab, Sie haben faktisch mit Sicherheit Recht mit dem, was Sie sagen. Aber ich denke, es schadet auch nichts, wenn wir mit einem Antrag die Wichtigkeit der Angelegenheit noch einmal betonen und uns hier in der Öffentlichkeit darüber auslassen.

Liebe Kollegin Müllerschön, ich würde in der Aussage sogar noch ein bisschen weiter gehen. Nicht nur dort, wo schon Problem sind, sondern dort, wo vielleicht auch Probleme entstehen können, kann man eine Schulsozialarbeit gebrauchen. Nämlich dann werden sie eventuell schon im Vorfeld aufgefangen.

Wer die Schulsozialarbeit kennt, der weiß, wie wichtig sie ist. So wie jede Schule und jede Schulart ein eigenes Profil hat, so ist auch die Arbeit der Schulsozialarbeiter ganz unterschiedlich an den unterschiedlichen Schulen. Wichtig ist, dass Schulen

davon profitieren, dass es einen Schulsozialarbeiter gibt. Deswegen finden wir den Antrag trotz aller Bedenken von verschiedenen Seite gut und richtig.

Wir freuen uns, dass wir im Sozialausschuss das Konzept diskutieren. Es ist uns aber sehr wichtig, dass wir nicht nur das Konzept diskutieren, sondern dass wir auch eine zeitliche Planung mit einbeziehen, dass wir einen Überblick bekommen können, welche zeitlichen Möglichkeiten wir haben, dieses Konzept auch umzusetzen, und - das wurde auch schon erwähnt, aber ich möchte es noch einmal betonen, weil es sehr wichtig ist - dass wir über alle Einflussmöglichkeiten hinaus, Landtag, Städtetag usw., uns dafür einsetzen, dass nicht immer nur die Kommunen dafür bezahlen müssen, sondern dass das auch beim Land mitfinanziert wird.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Jooß (FDP): Es ist leider nicht sehr erfreulich, dass dieser Antrag gestellt werden musste. Dass wir darüber noch ausführlich im Sozialausschuss, aber noch wichtiger im Schulbeirat reden und nachdenken müssen, hat die Verwaltung richtig-erweise in ihrer Antwort kundgetan. Leider befassen wir uns nur mit den Symptomen und nicht mit den Ursachen. Wir sollten also am Fundament anfangen zu bauen und nicht am Dach. Das Fundament ist zunächst einmal die Familie und dann die Schule. Die fängt mit der Grundschule an. Grundschule heißt wohl, hier wird der Grund gelegt für das Lernen. Ich denke, hier sind wir auf dem richtigen Weg mit der Erhöhung des Angebots von Ganztagschulen und Kooperationen mit Horten. Dazu brauchen wir natürlich eine sehr gute Ausstattung mit Lehrkräften.

Aber ebenso wichtig wäre längeres gemeinsames Lernen, sowohl nach vorne, so dass die Kinder sprachfähig sind, wenn sie in die Schule kommen, als auch nach hinten, nämlich bis zur Klasse 6, um die Kinder nicht zu früh zu selektieren. Für solch ein Modell würde sich die Südstadt Ost hervorragend anbieten, wo eine neue Schule und Kindergarten direkt nebeneinander liegen.

Jetzt habe ich hier ein Sternchen. Für dieses Projekt macht sich auch die CDU-Bürgermeisterin Eisenmann in Stuttgart stark. Es wäre schön, wir hätten hier ein Tandem oder ein Pärchen wie bei der Agentur, dass sich Herr Bürgermeister Lenz

mit Frau Eisenmann in Verbindung setzt und in dieser Richtung Druck macht beim Kultusministerium, damit wir zumindest einen Modellversuch hier in Karlsruhe in der Südstadt bekommen.

Ferner wäre es wünschenswert, wenn es klare Übergangsregelungen an Gymnasien und Realschulen gäbe, damit wir nicht für frustrierte Schüler dort Psychologen und Schulsozialarbeiter einsetzen müssten.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Cramer (KAL): Als meine Fraktion und ich diesen Antrag zur Kenntnis genommen haben, haben wir uns gefragt, für welchen Gemeinderat ist er gestellt worden. Für die Stadt Karlsruhe oder für irgendeine andere Stadt in Baden-Württemberg? Denn das, was hier gefordert wird, was auch jetzt gesagt wurde, kann ich nicht nachvollziehen. Wenn Sie, Frau Müllerschön, sagen, der Ruf nach Schulsozialarbeit ist nicht mehr zu überhören, dann rennen Sie absolut offene Türen ein. Dieser Ruf wurde nicht überhört. Er wird ja umgesetzt. Auch Ihre Forderung nach den weiterführenden Schulen ist schon seit einigen Jahren in den Gremien, im Karlsruher Gemeinderat behandelt und auf den Weg gebracht worden. Frau Kollegin Staab hat schon als Beispiel die Nebenius-Realschule genannt. Wir verstehen es, es ist immer ein Weg. Das wissen Sie doch. Sie rennen hier praktisch offene Türen ein, stellen Forderungen auf, die schon lange auf den Weg gebracht wurden.

Solche Anträge sind wirklich ärgerlich. Das sind Anträge, die wir nicht verstehen. Vielleicht hätten Sie mit Ihrem eigenen Schulbürgermeister ein kurzes Telefonat führen können, wie es aussieht, wie weit es auf den Weg gebracht ist. Dann hätte man diesen Antrag nicht stellen brauchen.

(Vereinzelter Beifall)

Er hat nichts mit dem zu tun, was hier in der Stadt Karlsruhe Realität ist. Das, was jetzt Herr Kollege Jooß gesagt hat, war im Grunde genommen ein ganz anderes Thema. Das ist sicher vielleicht eine Sache, die man auch überlegen kann. Da habe ich keine Bedenken, dass Herr Bürgermeister Lenz so flexibel und so offen ist, auch

einmal vielleicht in Stuttgart zu schauen. Aber das ist ein anderes Thema. Von daher weiß ich jetzt nicht, wie die FDP sich zu diesem Antrag stellt. Wir sind der Meinung, er ist unnötig gewesen, weil es alles schon auf den Weg gebracht worden. Man sollte so etwas in Zukunft einfach nicht mehr machen.

(Beifall bei der KAL)

Stadtrat Mossuto (FW): Ich habe den Eindruck, dass die Notwendigkeit der Ausweitung der Schulsozialarbeit einfach unterschätzt wird. Sie ist dringend notwendig. Ich kann nicht einfach auf einen Automatismus vertrauen. Gerade mit der Einführung von Werkrealschulen brauchen unsere Lehrer jetzt hier Entlastung von bürokratischen Arbeiten. Sie müssen die Möglichkeit haben, sich intensiv auf die einzelne Förderung von Schülern konzentrieren zu können. Deshalb werden wir von den Freien Wähler den Antrag der SPD unterstützen.

(Vereinzelter Beifall aus allen Reihen)

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich habe von den Antragstellern aus der Schlussbemerkung entnommen, dass Sie mit der kurzen Antwort einverstanden sind, weil wir Ihnen in den Ausschüssen berichten.

Beschluss: Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung.

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

Verteiler (mit Stellungnahme)

Ratsinformationssystem

Sozial- und Jugendbehörde

Zum Gemeinderatsprotokoll

Zu den Akten

HA - Sitzungsdienste -

10. Juni 2010